

Ein arbeitsintensives Jahr, das Auswirkungen zeitigt

Landtag und Regierung haben im vergangenen Jahr wiederum zahlreiche Rechtsakten gewälzt – 75 davon treten ab morgen in Kraft.

Richterdienstgesetz, Strafprozessordnung, Finanzgesetz, KVG, Gewerbegesetz – das sind nur einige der insgesamt 31 Gesetze, die ab dem 1. Januar 2020 in Kraft treten. Dazu kommen zahlreiche Verordnungen – wie etwa die AIA-Verordnung, die Verordnung über den internationalen Austausch länderspezifischer Berichte multinationaler Konzerne oder etwa die Verordnung über soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft. Und last but not least: Zahlreiche Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Da kann man schon mal den Überblick darüber verlieren, was der Landtag alles beschlossen hat bzw. die Regierung am Ende umsetzt. Worum geht es in all diesen Rechtsakten mit ihren teilweise fast kryptischen Titeln? Und welche Auswirkungen haben sie konkret auf uns?

Die Regierungsministerien haben den Überblick auf jeden Fall nicht verloren. Und sie wissen, welche Gesetze bzw. Verordnungen spürbare Auswirkungen auf die Menschen im Land haben werden. Welches sind aus ihrer Sicht die wichtigsten Rechtsakte, die morgen in Kraft treten?

Desirée Vogt

Präsidium und Finanzen

Aus Sicht des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen unter Regierungschef Adrian Hasler sind das Finanzgesetz für das Jahr 2020, die Schaffung eines Gesetzes über Token und VT-Dienstleister sowie die Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes die wichtigsten Vorlagen. Vor allem das Blockchain-Gesetz ist für den Regierungschef von grosser Bedeutung. Da die Technologie auch in Liechtenstein aktiv genutzt wird, wurde mit dem Gesetz festgelegt, welche Anforderungen für wichtige Tätigkeiten auf VT-Systemen gelten. Damit würden der Kundenschutz verbessert und offene Fragen in der Anwendung der geltenden Gesetze geklärt, um die Einhaltung der internationalen Standards und eine umfassende und wirksame Bekämpfung der Geldwäscherei zu gewährleisten. Die Regierung ist überzeugt, dass damit ein adäquates Regulierungssystem geschaffen wurde, das den Risiken effektiv begegnet, die notwendige Rechtssicherheit schafft und die positive Entwicklung der Token-Ökonomie ermöglicht.

Infrastruktur, Wirtschaft, Sport

Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch hält vor allem drei Rechtsakte für wichtig: Zum einen ist dies die Verordnung über die Abänderung der Verkehrszulassungsverordnung. Führerausweise aller Kategorien werden neu für eine Gültigkeitsdauer von 15 Jahren oder befristet bis zur nächsten vertrauensärztlichen Kontrolluntersuchung ausgestellt. Der Papierführerausweis bzw. vor dem 1. Januar 2020 ausgestellte Führerausweise im Kreditkartenformat müssen bis spätestens 19. Januar 2023 umgetauscht werden. Zum anderen verweist er auf die Abänderung des Entsendegesetzes und der Entsendeverordnung: Die rechtlichen Kriterien zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und der Scheinentsendungen werden geschärft. Zudem werden die EWR-Staaten verpflichtet, die ausgesprochenen Bussen gegenseitig anzuerkennen und zu vollstrecken. Die dritte Vorlage betrifft das Pauschalreisegesetz und die Verordnung. Hier wird dem Onlinehandel Rechnung getragen.

Inneres, Bildung und Umwelt

Aus dem Zuständigkeitsbereich von Dominique Hasler sind erwähnenswert: Zum einen die Vereinbarung über die Ost – Ostschweizer Fachhochschule. Die Zusammenführung der NTB, der Hochschule für Technik Rapperswil und der Hochschule für Angewandte Wissenschaften St. Gallen zu einer einzigen Institution sei besonderes hervorzuheben. Ausserdem verweist sie auf das Verordnungspaket im Landwirtschaftsbereich: Dieses beinhaltet unter anderem Anpassungen bei der Förderung der Alpwirtschaft und vor allem die Systemumstellung von Arbeitskraftstunden auf das Schweizer Modell der Standardarbeitskräfte zur Erfassung des gesamten betrieblichen Arbeitszeitbedarfs. Diese Umstellung erleichtert den administrativen Aufwand und trage dem technischen Fortschritt Rechnung. Ausserdem wichtig für Hasler: Die Besoldungsverordnung. Hier wurde eine erste Angleichung der Besoldung der Kindergartenlehrpersonen an diejenige der Primarlehrpersonen beschlossen.

Ministerium für Gesellschaft

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini nennt unter anderem das Unfallversicherungsgesetz und die dazugehörige Verordnung. Die Vorlage thematisiert Probleme aus der praktischen Umsetzung des Unfallversicherungsgesetzes. Besonders erwähnt er allerdings die Abänderung der Verordnung zum Gesetz über die AHV. Der Landtag hat anlässlich der Dezember-Sitzung beschlossen, das Steuergesetz auf das Steuerjahr 2019 so anzupassen, dass die Beiträge des Arbeitgebers an die ausserhäusliche Kinderbetreuung, welche derzeit einen steuerpflichtigen Lohnbestandteil darstellen, nicht mehr der Erwerbssteuer unterstehen. Zudem wurde die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an private Einrichtungen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung wie zum Beispiel Kindertagesstätten neu geregelt. Nebst den Staatsbeiträgen regelt eine Verordnung nun auch die von den Erziehungsberechtigten für die erfolgte Betreuungsleistung direkt an die jeweilige Einrichtung zu bezahlenden einkommensabhängigen Eigenbeiträge.

Äusseres, Justiz und Kultur

Noch ist sie nicht lange im Amt, die neue Regierungsrätin Katrin Eggenberger. Doch den Überblick hat sie bereits – und kann sich dabei zu einem grossen Teil auf die Arbeit ihrer Vorgängerin Aurelia Frick stützen. So ist für Eggenberger die Einführung des Notariatsgesetzes bedeutend, mit dem einerseits die Flexibilität und andererseits die internationale Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und Finanzplatzes Liechtenstein auf dem Rechtsdienstleistungssektor gestärkt werde. Aber: Auch der Bericht und Antrag zum Brexit sei interessant. Vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses in Grossbritannien sei davon auszugehen, dass das Land die EU und damit auch den EWR am 31. Januar 2020 verlassen werde. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags bei einer Sondersitzung, die voraussichtlich Ende Januar 2020 stattfinden werde, soll ein Austrittsabkommen, das die Rechte von Staatsangehörigen und Unternehmen beider Seiten in den jeweils anderen Ländern schütze, am 1. Februar 2020 in Kraft treten.